

Frau Feld-Wielpütz (CDU-Fraktion) sagte, die Problematik, dass es sich hierbei nach subjektivem Empfinden vielmehr um Durchfahrtsstraßen als um Anliegerstraßen handle, begleite den Ausschuss schon viele Jahre lang. Es habe bereits Anträge und Verkehrsmessungen gegeben. Die Entwicklung des Stadtzentrums und des huma-Einkaufszentrums hätten jedoch große Veränderungen bedeutet, in dessen Rahmen man gesagt habe, dass man die Umgebungsstraßen einer Analyse unterziehen werde. Es werde auch durch Umbau- und Baumaßnahmen an der B56 sowie die Taktverdichtung der Straßenbahn weitere Veränderungen geben, die Auswirkungen auf den Verkehr an dieser Stelle haben würden und perspektivisch in die Analyse mit einbezogen werden müssten. Die CDU fordere, dass die Verwaltung dazu ein entsprechendes Konzept vorlege.

Herr Züll (FDP-Fraktion) teilte mit, dass er dem Antrag so nicht zustimmen werde. Man müsse die Problematik in einem größeren Rahmen angehen und eine andere Taktschaltung für die B56 finden. Solange man dort an jeder Ampel stehe, würden Schleichwege gesucht werden. Auch das Gebiet um die Danziger Straße müsse betrachtet werden.

Herr Waldästl (SPD-Fraktion) sagte, die Problematik sei hinreichend bekannt, neue Verkehrsmessungen seien demnach nicht erforderlich. Es sei jedoch, selbst bei den Anwohnern, umstritten, welche Maßnahme helfen könne. Deshalb schlage er vor, den Beschlussvorschlag abzuändern: „Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, Möglichkeiten zu eruieren, die zu einer Reduzierung des Durchgangsverkehres in beiden Straßen führen können. Die Verwaltung soll dabei alle technischen, baulichen und verkehrsrechtlichen Maßnahmen erarbeiten und in einer Bürgerversammlung darlegen, die dazu dienen, den Charakter der Anliegerstraße wiederherzustellen. Die dort entwickelten Maßnahmen können auch testweise vorgesehen werden. Die Bürgerversammlung soll spätestens bis Frühjahr 2020 stattfinden.“ Somit lag ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Herr Metz (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) schlug vor, auf weitere Zählungen, Gutachten und „Prüfschleifen“ zu verzichten und sich in einer Bürgerversammlung ein Meinungsbild einzuholen. Man könne dort Alternativen wie Abpollerung an bestimmten Stellen oder die Herstellung einer Einbahnstraße vorstellen. Er vermute jedoch, dass sich die Mehrheit der Anwohner dafür aussprechen werde, die Verhältnisse so zu belassen wie sie sind. Im Hinblick auf die Zeitschiene verwies er auf die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im technischen Dezernat, die den Personalbedarf klar aufgezeigt hätten.

Frau Feld-Wielpütz sagte, einer Maßnahme müsse valides Zahlenwerk zugrunde liegen. Die Messungen lägen bereits Jahre zurück. Sie verwies außerdem erneut auf die bereits angesprochenen eingetretenen und noch bevorstehenden Veränderungen. Vergleiche mit Straßen wie der Danzigerstraße und Vorschläge wie Abpollerung oder Einbahnstraße seien nicht angemessen bzw. realistisch. Sie schlug vor, die Punkte der SPD-Fraktion in den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion aufzunehmen.

Herr Metz antwortete, bei einer erneuten Messung werde nichts anderes

herauskommen als die bereits vorliegende Erkenntnis, dass Schleichverkehr bestehe. Die Energie der Verwaltung wäre an dieser Stelle falsch eingesetzt, die Verwaltung habe genug anderes zu tun.

Herr Waldästl sagte, man sei sich darin einig, dass Handlungsbedarf bestehe. Er bleibe jedoch dabei, dass neues Zahlenmaterial nicht erforderlich sei, da alle Argumentationen dafür sprechen würden, dass sich die Situation verschlechtert habe und weiterhin verschlechtern werde.

Er bot an, die Zeitvorgabe für die Bürgerversammlung aus dem Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion herauszunehmen.

Aus seiner Sicht sei mehr geboten als Abpollerung oder Einbahnstraße. Auch Themen wie technische Verkehrsüberwachungen und Aufpflasterungen müssten beleuchtet werden.

Herr Köhler (Fraktion AUFBRUCH!) schloss sich der Auffassung, dass neues Zahlenmaterial nicht erforderlich sei, an. Der einzig sinnvolle Weg sei, sich mit den Anwohnern über mögliche Lösungen zu unterhalten.

Frau Feld-Wielpütz wies darauf hin, dass ihrer Kenntnis nach lediglich Zahlen für den Zedernweg, jedoch nicht für den Holzweg, vorliegen würden. Auf dieser Grundlage könne man keine Maßnahmen für beide Straßen fordern, man müsse zunächst Zahlen für das gesamte Gebiet ermitteln.

Sie schlug vor, einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD zu stellen.

Herr Züll sagte, der Begriff „Anlieger“ sei sehr dehnbar. Er schlug vor, die Verwaltung solle unabhängig von aktuellen Anträgen ausarbeiten, was „Anlieger“ seien, wo Anliegerverkehr Sinn mache und welche Zahlen man im Hinblick auf den Durchfahrtsverkehr in einer Anliegerstraße zu akzeptieren habe. So habe man zukünftig eine andere Argumentationsgrundlage.

Herr Waldästl sagte, gegen einen gemeinsamen Antrag spreche, dass die SPD-Fraktion der Meinung sei, dass neues Zahlenwerk nicht gebraucht werde.

Herr Puffe (CDU-Fraktion) beantragte eine Sitzungsunterbrechung.

- Sitzungsunterbrechung -

Frau Feld-Wielpütz sagte, die CDU-Fraktion habe darauf hingewiesen, dass das Zahlenmaterial insbesondere für den Holzweg benötigt werde. Wenn dies nicht gewünscht sei, habe sie ferner darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung „Holzweg“ zu kurz gegriffen sei, es gehe um den südlichen und nördlichen Teil des Holzweges.

Herr Waldästl erklärte sich bereit, diese Konkretisierung in den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion aufzunehmen. Auch nach erneuter kurzer Beratung bleibe die SPD-Fraktion aber bei der Auffassung, dass neues Zahlenmaterial nicht erforderlich sei. Der Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion laute:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, alle

Möglichkeiten zu eruieren, die zu einer Reduzierung des Durchgangsverkehrs im Zedernweg und im nördlichen und südlichen Holzweg führen. Die Verwaltung soll alle technischen, baulichen und verkehrsrechtlichen Maßnahmen erarbeiten und in einer Bürgerversammlung darlegen, die dazu dienen, den Charakter einer Anliegerstraße wiederherzustellen. Die dort entwickelten Maßnahmen sollen auch testweise vorgesehen werden.

Der Vorsitzende ließ über die Anträge der Fraktionen CDU und SPD alternativ abstimmen.